

Austauschvorlage

zur Beschlussvorlage BV/0212/2015 ‚Eberswalde handelt‘ – Beschluss zum Umgang mit den Herausforderungen in Bezug auf die massiv erhöhte Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern
(Änderungen sind farblich dargestellt)

Fraktion FDP
Fraktion DIE SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Beschlussantrag BV/0212/2015

Betreff: ‚Eberswalde handelt‘ – Beschluss zum Umgang mit den Herausforderungen in Bezug auf die massiv erhöhte Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern

Beratungsfolge:

22.10.2015	Stadtverordnetenversammlung
03.11.2015	Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration
12.11.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen
19.11.2015	Hauptausschuss
26.11.2015	Stadtverordnetenversammlung

Beschlussantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen und erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die vorübergehende oder dauerhafte Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern zu gewährleisten. Insbesondere sollen diese Vorkehrungen und Maßnahmen unzumutbare Härten und vermeidbare Belastungen sowohl für Flüchtlinge und Asylbewerber als auch für die Eberswalder Bevölkerung minimieren.

Um diese Maßnahmen und Vorkehrungen finanzieren zu können, sind dafür in den Haushalten für die Jahre 2016 und 2017 **angemessene** finanzielle Mittel **von jeweils 60T€** einzuplanen. **Ein Vorschlag zur Höhe dieser Mittel soll im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen gefunden werden. Ausdrücklich können diese Mittel auch zur Einrichtung einer zusätzlichen Personalstelle eingesetzt werden, sofern diese auf maximal zwei Jahre befristet wird.**

Sollten für die genannten Vorkehrungen und Maßnahmen Möglichkeiten der Finanzierung oder Kofinanzierung durch Landkreis, Land bzw. Bund bestehen, so ist diesen Möglichkeiten der Fremdfinanzierung der Vorrang vor dem Einsatz von städtischen Mitteln zu geben. Nicht verausgabte Mittel sind der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Begründung:

Im Laufe des Jahres 2015 hat ein bisher nie dagewesener Zulauf von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf Deutschland stattgefunden. Alle Prognosen legen nahe, dass auch im nächsten Jahr dieser Zulauf nicht wesentlich kleiner werden wird. Im Gegensatz zu früheren Jahren sind jetzt auch die neuen Bundesländer und somit auch Eberswalde zur Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Größenordnungen verpflichtet. Die Bewältigung von Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber und Flüchtlinge stellt die Stadtverwaltung vor enorme zusätzliche Aufgaben, die in ganz besonderem Maße unbürokratisches und ämterübergreifendes Handeln erfordern. Die Stadtverordnetenversammlung will mit diesem Beschluss die Stadtverwaltung bei der Abarbeitung dieser Aufgaben unterstützen. Die Versorgung und Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen stellt eine außerordentliche Belastung für das gesamte Gemeinwesen dar und es ist daher von allerhöchster Bedeutung, dass die positive Grundstimmung der Eberswalder nicht durch vermeidbare Zumutungen und Überlastungen gefährdet wird. Es muss uns **jetzt** gelingen diese Herausforderungen zu meistern – alle späteren ‚Reparaturbemühungen‘ werden ungleich mehr Ressourcen benötigen und schlimmstenfalls die Entwicklung unserer Stadt auf Jahre belasten!

gez. Götz Trieloff
Fraktionsvorsitzender
Fraktion FDP

gez. Hardy Lux
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE SPD-Fraktion

gez. Karen Oehler
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen